

„Schule mit Rassismus – Schule ohne Courage?“

Bremer Rat für Integration (BRI) lädt zu Fachforum ins Landesinstitut für Schule (LIS) ein



Foto: Paulwip/pixelio

In Schulen Chancengerechtigkeit fördern, Diskriminierungen verhindern und Antidiskriminierung als Bildungsziel verankern.

Was muss eine Schule eigentlich tun, um die Plakette „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu bekommen? Gibt es an diesen Schulen keinen Rassismus? Die Arbeitsgruppen „Bildung“ und

„Antidiskriminierung“ des Bremer Rates für Integration laden alle Interessierten am 1. April in das Landesinstitut für Schule (LIS) zur Veranstaltung „Schule mit Rassismus – Schule ohne Courage?“ ein.

Nächste Termine

Die nächste öffentliche Sitzung des BRI findet am 12. März 2025 um 17 Uhr in der Zentralbibliothek in Bremen, Am Wall 201 (im Wall-saal) statt.

www.bremer-rat-fuer-integration.de

Die benannte Plakette ist Ausdruck eines bundesweiten Projektes mit antidiskriminierenden Intentionen. Doch es gibt Kritik. Kann der Titel „ohne Rassismus“ zu sein überhaupt ernsthaft vergeben werden? Diskriminierungen und Alltagsrassismus sind so präsent im Leben von Menschen an sich, und leider insbesondere Schülerinnen und Schülern mit nicht-privilegierten Erstsprachen, dass so eine Plakette auch von Betrof-

fenen und Fachleuten als eine ineffektive, wohl-möglich sogar verschleiende Symbolpolitik in Frage gestellt wird.

Um dieser Debatte auf den Grund zu gehen, laden die Arbeitsgruppen „Bildung“ und „Antidiskriminierung“ des Bremer Rates für Integration zusammen mit dem Landesinstitut für Schule am 1. April zur Veranstaltung „Schule mit Rassismus – Schule ohne Courage?“. Das Impulsreferat am 1. April hält Dr. Karim Fereidooni, Professor für Didaktik der sozialwissenschaftlichen Bildung an der Ruhr-Universität Bochum. Seine Forschungsschwerpunkte sind Rassismuskritik in pädagogischen Institutionen, Schulforschung und Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft sowie Diversitätssensible Lehrer*innenbildung.

Unter Einbeziehung verschiedener Akteur*innen der Bremer Bildungslandschaft werden Kernfragen erörtert, die aufzeigen sollen, an welchen Stellen Haltungen und Handlungen individuelle und strukturelle Diskriminierungen fördern oder abbauen, im besten Falle gar verhindern können. Eingeladen werden Vertreter*innen der Landeszentrale für politische Bildung, der Europa Schule Bremen, des ReBUZ-Projekts DIBS (Diskriminierungsschutz und Beratung für Schülerinnen) sowie des Projekts „Schuleo – Bildung mit Respekt“, das in Bremen bis Juli 2025 u.a. Lehrer*innenfortbildungen entwickeln und für Entscheidungsträger*innen entsprechende Formate konzipieren will. ■

„Schule mit Rassismus – Schule ohne Courage?“

Am 1. April, um 17:30 Uhr, im LIS-Forum, Am Weidedamm 20.

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Büro des BRI

Am Markt 20

im Haus der Bürgerschaft

(Eingang EuropaPunkt Bremen)

28195 Bremen

Sprechzeiten nach Vereinbarung

bremer.rat@soziales.bremen.de

Telefon: 0421 | 361-26 94



aktuell

Sprachkurse auf Sparkurs – und die Folgen

BRI warnt vor Kürzungen bei Integrations- und Berufssprachkursen

Sprache ist die Schlüsselqualifikation, wenn es darum geht, in einer Gesellschaft anzukommen, soziale Kontakte zu knüpfen, eine Ausbildung oder Arbeit aufzunehmen und sich den Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Doch die derzeitige Finanzierung durch den Bund für das „Gesamtprogramm Sprache“ ist laut AG „Berufliche Qualifizierung und Arbeitsmarkt“ des Bremer Rates für Integration alarmierend.

Der aktuelle Haushaltsentwurf für den Bereich der Integrationskurse sieht eine Halbierung der bisherigen Mittel vor. In der im Dezember 2024 beschlossenen Integrationskursverordnung wurden Kurse für Eltern, Frauen und Jugendliche komplett gestrichen. Zudem wird die Förderung von Wiederholungsstunden eingestellt.

Eine große Finanzierungslücke klappt aufgrund der aktuellen Haushaltsführung des Bundes auch bei den vom BAMF geförderten Berufssprachkursen. Sie können bis auf weiteres nur stark eingeschränkt umgesetzt werden.

„Mit diesen Kürzungen werden die bisherigen Erfolge in der Integration aufs Spiel gesetzt“, so AG-Sprecherin Rosi Leinfelder. Dabei haben sich Investitionen in die Sprachförderung und Integration von Zugewanderten laut einer OECD-Studie von 2024 in der Vergangenheit ausgezahlt: Mit 70 Prozent erwerbstätigen Eingewanderten ist Deutschland im Vergleich zu anderen OECD-Staaten ausgesprochen erfolgreich. Integrations- und Berufssprachkurse spielen dabei eine Schlüsselrolle. Sie ermöglichen nachhaltigen Spracherwerb und sind für die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen notwendig.

Zugang zur Sprache erschwert

Um auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können, wird zumeist mindestens das Sprachniveau B1, oftmals aber auch B2 oder sogar C1, verlangt. Ihr B1-Niveau erreichen zugewanderte und geflüchtete Menschen im Idealfall durch die Teilnahme an einem regulären Integrationskurs (600 Stunden). Doch laut Geschäftsstatistik des BAMF erreicht nur gut die Hälfte der Teilnehmenden dieses Ziel. Im ersten Halbjahr 2024 waren es 55,6 Prozent (in diesen 55,6 Prozent sind sogar noch diejenigen enthalten, die die Prüfung erst nach 300 Wiederholungsstunden absolviert haben).

Und diese 300 Wiederholungsstunden werden laut BAMF ebenfalls ersatzlos gestrichen. Was bleibt diesen Menschen also, wenn sie es nicht auf Anhieb schaffen, nach 600 Stunden ein B1-Sprachniveau zu erreichen? Bislang gab es für sie die Möglichkeit, nach dem Integrationskurs einen Berufssprachkurs mit dem Ziel B1 zu besuchen. Doch auch diese fallen bis auf weiteres komplett weg. Das bedeutet: keine zweite Chance mehr – für fast jede zweite Person, die an einem Integrationskurs teilgenommen hat.

Forderungen des BRI

Die Arbeitsgruppe „Berufliche Qualifizierung und Arbeitsmarkt“ des Bremer Rates für Integration sieht den eingeschränkten Zugang zum Sprachniveau B1 als einen schweren gesellschaftspolitischen Fehler. „Wir sehen nicht nur unmittelbare arbeitsmarktpolitische Auswirkungen, sondern weit darüber hinaus auch eine deutlich verschlechterte Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe. So sind unter anderem die negativen Auswirkungen auf den



Foto: Jerg Sarbach/PBW

Der aktuelle Haushaltsentwurf für den Bereich der Integrationskurse sieht eine Halbierung der bisherigen Mittel vor.

Und selbst wenn das B1-Sprachniveau erreicht wurde, geht es noch lange nicht für alle sofort weiter. Denn Berufssprachkurse mit dem Ziel B2, dürfen aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung nur noch sehr eingeschränkt angeboten werden: Im ersten Quartal 2025 im Agenturbezirk Bremen-Bremerhaven, inklusive Osterholz, dürfen nur noch 13 B2-Kurse stattfinden, statt wie im vergangenen Jahr durchschnittlich 28 pro Quartal. Verglichen mit dem Vorjahr heißt das, dass allein im ersten Quartal dieses Jahres 330 B2-Kursplätze weniger angeboten werden können. Und C1-Berufssprachkurse fallen sowieso ganz weg.

Im Klartext bedeutet das: Noch mehr Menschen werden zurückbleiben und es schwer haben, in der Gesellschaft anzukommen.

Bildungserfolg der nächsten Generation absehbar“, sagt AG-Sprecherin Rosi Leinfelder.

Deshalb schließt sich der Bremer Rat für Integration dem Positionspapier eines breiten Bündnisses verschiedener Verbände an (u.a. vhs, BBB, BVIB, Der Paritätische, verdi, DGB) und fordert:

- Demontage des Gesamtprogramms Sprache stoppen!
- Eine bedarfsgerechte Mittelausstattung durch überplanmäßige Ausgaben muss sofort erfolgen!
- Berufssprachkurse mit dem Ziel B1 und B2 uneingeschränkt erhalten! ■

Recht auf Grundbildung in Gefahr

Drastische ESF-Mittel-Kürzungen offenbaren große Angebotslücken in Bremen

Am runden Tisch saßen am 7. Februar auf Einladung von Britta Schmedemann (BRI) und Sonja Spoede (Servicestelle Grundbildung und Alphabetisierung) Vertreter*innen verschiedener Bremer Bildungsträger. Der Grund des Treffens: die drastischen Kürzungen von Geldern aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) im laufenden Förderzeitraum. Werden Grundbildungsangebote derart auf Eis gelegt, sind die gesellschaftlichen Folgen immens, warnen die Träger.

Laut IGLU-Studie (2021) liegt der Prozentsatz für geringe Lesekompetenz bei Bremer Grundschulern bei 25 Prozent und bei Neuntklässlern erreichen gar 30 Prozent nicht den Mindeststandard. In Deutschland waren 2024 über 5,5 Millionen Personen überschuldet laut SchuldnerAtlas. Und mit 54 Prozent sind über die Hälfte der Deutschen Erwachsenen überge-
wichtig, sagt das Statistische Bundesamt. Doch was hat das alles mit Grundbildung zu tun?

Was ist Grundbildung?

Nicht nur Lesen und Schreiben, sondern auch mit Geld umzugehen, einen Computer zu bedienen, sich gesund zu ernähren oder einen Arbeitsvertrag zu verstehen – all das sind grundlegende Fähigkeiten und Fertigkeiten, die für eine gleichberechtigte, eigenverantwortliche Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und beruflichen Leben benötigt werden. Hier setzt die so genannte Grundbildung an. Ein freiwilliges Angebot für junge und alte Erwachsene. Es geht um die Vermittlung von Grundfertigkeiten, die jeder Mensch braucht, um sein Leben selbst meistern zu können. Insbesondere bildungsbenachteiligte und lernungewohnte Personen sind oftmals von kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen, wenn sie etwa nicht lesen, schreiben oder rechnen können. Doch in einer immer kom-

plexeren Welt, nehmen auch die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten zu, die für die persönliche Entfaltung und Entwicklung, für Vermittelbarkeit, soziale Inklusion und aktive Bürgerschaft erforderlich sind. Dazu gehören u.a.: politische Bildung, Gesundheitsbildung, finanzielle Bildung, kulturelle Bildung, Umweltbildung, digitale Bildung, Sprachbildung und emotionale Bildung.

„Wir sprechen hier also nicht von einem Nischenphänomen“, konstatiert Sonja Spoede von der Servicestelle Grundbildung und Alphabetisierung, „sondern Defizite in der Grundbildung betreffen einen großen Teil der Bevölkerung und die Datenlage zeigt, dass die Probleme eher noch zunehmen werden.“



Foto: Dieter Schütz/Photo

Grundbildung auf Eis gelegt

Bereits Ende vergangenen Jahres aber wurde vielen Bremer Bildungseinrichtungen kurzfristig mitgeteilt, dass ihre Projekte nicht weiter mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfond (ESF) gefördert oder Mittel für 2025 gekürzt werden. Eigentlich sollte das Geld aus dem Europäischen Sozialfonds bis zum Ende der Förderperiode, bis 2027, reichen. Dass es aktuell weniger Geld gibt, liegt laut zuständiger Behörde an der Coronapandemie. Damals, so lautet die Erklärung, sei man große finanzielle Verpflichtungen bei den Geldern aus dem ESF eingegangen, die sich auf die übrige Laufzeit der Förderperiode auswirken. Manche Träger in Bremen bekommen 2025 nicht mal halb so viel Geld wie bisher.

„In den Einrichtungen merkt man den Druck, aber es gibt keinen Aufschrei in Politik und Gesellschaft“, wundern sich Vertreter*innen des evangelischen Bildungswerks, der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen gGmbH (wisoak), des Paritätischen Bildungswerks Bremen (PBW), der Volkshochschule Bremen (vhs) und der Grone-Bildungszentren Bremen gGmbH, die sich an diesem Vormittag zur Lagebesprechung am runden Tisch versammelt haben. Den Grund für das Ausbleiben des Aufschreis vermuten sie darin, dass in Politik und Öffentlichkeit nicht hinreichend bekannt ist, was

„Grundbildung“ eigentlich ist, welche Projekte konkret dahinterstecken, wie fein verwoben sie miteinander sind, wie viele Träger betroffen sind und welche Auswirkungen ein Wegfall dieser Projekte und der zugehörigen Infrastruktur auf Gesellschaft und Wirtschaft haben wird.

Gab es früher Grundbildung nur an der Volkshochschule, verteilt sie sich heute auf viele Träger in verschiedenen Stadtteilen. Auch Deutschkurse für Menschen, die nicht zu den vom BAMF geförderten Integrationskursen zugelassen sind, zählen zu den durch ESF-Mitteln geförderten Grundbildungsangeboten. Das Modellprojekt „Innovative Deutschlernangebote (IDA) bis zum B1-Sprachniveau“ der Grone-Bildungszentren beispielsweise, welches Menschen, die das B1-Sprachniveau im Integrationskurs nicht auf Anhieb erreicht haben, hier noch einmal auf die Prüfung vorbereitet; oder das Projekt „Literatilitätsförderung von Erwachsenen ohne Vorkenntnisse zum Heranführen an die Stifthaltung und Entwickeln von Lernstrategien für die erfolgreiche Teilnahme am Alphabetisierungskurs (VorAlphabetisierung)“. Einige Projekte sind sogar zu 100 Prozent aus ESF-Mitteln finanziert, wie etwa „ProALPHA PLUS“ der vhs Bremen, das sich an Einheimische und Zugewanderte gleichermaßen gewendet hatte.

Diese und zahlreiche weitere Bremer Grundbildungsprojekte stehen mit dem Wegfall bzw. der Kürzung der ESF-Gelder vor dem Aus.

Fazit

Die Menschen in der Luft hängen zu lassen, die sich aus freien Stücken weiterbilden möchten, um die für den Arbeitsmarkt oder ihre gesellschaftliche Teilhabe nötigen Skills zu erwerben ist für die anwesenden Vertreter*innen der verschiedenen Bremer Bildungsträger ein Desaster. Langfristig habe das Auswirkungen auf die Gesellschaft und auch auf die Wirtschaft. Darüber hinaus breche mit der Kürzung der wichtigen ESF-Gelder ein komplexes Netzwerk auseinander und die über Jahre aufgebaute Infrastruktur bause ab: weniger Kurse, weniger Teilnehmende, weniger Lehrende, weniger Räume.

Bei dem Treffen wurde deutlich: Es braucht eine Dauerlösung für Grundbildungsangebote in Bremen und nicht wie derzeit einen Flickenteppich aus verschiedenen Förderungen. Bremen braucht für die Zukunft verlässliche Strukturen und Rahmenbedingungen, ausreichende Ressourcen und langfristige Planungssicherheit. Deshalb sollen in einem nächsten Schritt die Bildungspolitischen Sprecher*innen der Parteien mit an den Tisch geholt werden. ■

Was ist ESF?

Der Europäische Sozialfonds Plus (ESF+) ist das zentrale Instrument der Europäischen Union für Investitionen in Aus- und Weiterbildung, die Beschäftigung sowie die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Die Verordnung bildet den Rahmen für zahlreiche spezifische Förderungen, die in Deutschland durch den Bund und die Länder angeboten werden.



Bremen bekommt Landespartizipationsgesetz

Bremer Rat für Integration beteiligt sich an Vorarbeiten zum Gesetzentwurf

Der bremische Koalitionsvertrag sieht die Erarbeitung eines „Landesgesetzes für Integration und Partizipation“ vor. Dieses Gesetz soll Mitspracherechte für alle Bremer*innen und Bremerhavener*innen mit Migrationserbe sicherstellen. Die konkrete Ausgestaltung des Gesetzes ist für dieses Jahr geplant.

Deshalb haben sich Mitglieder des BRI am 25. Februar zu einem Workshop in der Weserburg zusammengefunden. Ihr Ziel: sich über den Prozess zur Erarbeitung eines entsprechenden Gesetzes zu informieren und erste Ideen zu entwickeln. Diese sollen dann später in den weiteren Prozess zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs einfließen.

Was genau regelt so ein „Landesgesetz für Integration und Partizipation“? Auch wenn Integration sich gesetzlich nur bedingt steuern lässt, so regelt dieses Gesetz immerhin die Rahmenbedingungen für Integrationspolitik auf Landesebene, indem es Grundsätze dafür fest schreibt und entsprechende Institutionen, wie etwa den Bremer Rat für Integration oder die Stelle eines*einer Integrationsbeauftragten sowie Kooperations- und Koordinationsstrukturen verankert (s. Kasten).

Als Vorbereitung auf den Workshop haben alle Teilnehmenden eine Übersicht über die schon existierenden Partizipationsgesetze anderer Bundesländer wie Berlin, Bayern, Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg bekommen. Damit hatten sie Hintergrundinformationen und Anregungen für mögliche Heran-



Foto: Dewi Stümer

Bremen soll ein Landespartizipationsgesetz bekommen, und der Bremer Rat für Integration ist im Vorfeld an dem Prozess beteiligt.

gehensweisen bei der Erarbeitung eines solchen Gesetzes. Input gab es am 25. Februar außerdem von der Bremer Migrations- und Integrationsbeauftragten Nadezhda Milanova.

Damit hebt Bremen nun als fünftes Bundes-

land mit einem Gesetz die Bedeutung von Integrationspolitik hervor und steckt den Rahmen dafür ab. Über die Wirkung entscheidet jedoch nicht nur die rechtliche Ausgestaltung, sondern vor allem natürlich die politische Umsetzung. ■

Das Landespartizipationsgesetz

*Im Rahmen des Gesetzes soll (1) der Bremer Rat für Integration gestärkt und seine Neustrukturierung verankert werden, (2) die Stellung der Integrationsbeauftragten gestärkt und (3) Zugänge und Mitspracherechte von Migrant*innenselbstorganisationen sowie die migrantische Repräsentation im Öffentlichen Dienst, Berücksichtigung bei der Verwendung von öffentlichen Mitteln und weitere Fragen migrantischer Repräsentanz und Belange von Bremer*innen und Bremerhavener*innen mit Migrationserbe geregelt werden.*

Politisches Sprachcafé

Austauschen, Deutsch lernen und Leute treffen im HoR

Seit Januar zurück aus der Winterpause: Das „Politische Sprachcafé“ des Bremer Jugendrings und des House of Resources (HoR) im Lagerhaus. Jeden Dienstag von 16 bis 18 Uhr können sich Deutschlernende hier über Themen austauschen, die ihnen wichtig sind. Was beschäftigt sie im Alltag? Was wünschen sie sich für die Zukunft? Was soll sich in Bremen verändern? Bei Keksen, Tee und Kaffee können sich Jugendliche und junge Menschen ab 16 Jahre unterhalten, spielen, kennenlernen und

gemeinsam etwas bewegen. Alle sind willkommen, egal welche Sprache sie sprechen – diskutiert wird allerdings auf Deutsch, begleitet wird das Café von Muttersprachler*innen.

Noch Fragen oder Lust dabei zu sein? Nachricht an 0176 43 68 59 60 (Whatsapp, Telegram, Signal) oder anmeldung@bremerjugendring.de.

Dienstags, 16–18 Uhr, House of Resources, Schildstraße 12–19, Lagerhaus, 3. Stock

 [@bremerratfuerintegration](https://www.instagram.com/bremerratfuerintegration)

Impressum

Herausgeber: Bremer Rat für Integration, Am Markt 20, 28195 Bremen
www.bremer-rat-fuer-integration.de

Redaktion: Silke Düker (v.i.S.d.P.)

E-Mail: redaktion@bremer-rat-fuer-integration.de

Druckvorbereitung: Silke Düker

Auflage: 1.000 Exemplare

